

Großbetrug bei Abwrackprämie

BERLIN *afp* Händler sollen in hunderten Fällen bei der Abwrackprämie betrogen haben, indem sie die Prämie kassiert und die zur Verschrottung bestimmten Autos danach weiterverkauft haben. Laut dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) wurden mindestens 500 Wagen illegal nach Afrika verschifft. Es handele sich dabei um „professionelle Betrüger“, sagte BDK-Vize Wilfried Albishausen der Bild-Zeitung. Die Polizei Hamburg bestätigte, dass jüngst bei Stichproben im Hafens 25 Wagen auf Schiffen Richtung Afrika sichergestellt wurden.

Harte Strafen für Mord in Dessau

DESSAU *afp* Das Landgericht Dessau hat einen 24-jährigen Mann wegen Mordes an einem Obdachlosen zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein 34 Jahre alter Mitangeklagter erhielt gestern eine Freiheitsstrafe von 12 Jahren. Die beiden hatten im August 2008 ohne jeden Anlass einen 50-jährigen Obdachlosen vor dem Dessauer Hauptbahnhof zu Tode geprügelt. Das Opfer starb an Herz- und Lungenquetschungen. Laut Gericht handelten die Täter aus niedrigen Beweggründen. Der Vorsitzende Richter sprach in der mündlichen Urteilsbegründung von einer besonders widerwärtigen Tat.

Streiten für das Gymnasium ab Klasse vier

PROTESTDEMO In Hamburg gehen Eltern gegen die geplante sechsjährige Primarschule auf die Straße. Sie wollen das Gymnasium-Wahlrecht nach vier Jahren Grundschule beibehalten. Beobachter spotten: „Porsche-Demo“

AUS HAMBURG KAJA KUTTER

Nur weil einer im teuren Wagen zum Demo-Vorbereitungstreff anreist, muss er nicht schlechte Argumente haben. Doch der Elternprotest, der für heute in Hamburgs City angemeldet ist, wird schon als „Porsche-Demo“ bespöttelt. Nicht nur, dass diese Gefährte gesichtet wurden. Den Aufruf zur Demo unterzeichneten viele Eltern aus den vornehmen Elbvororten, darunter Anwälte und PR-Spezialisten.

Die Protestveranstaltung richtet sich gegen die vom schwarz-grünen Senat geplante sechsjährige Primarschule, die ab 2011 kommen soll. Damit wird die Möglichkeit für Eltern, ihre Kinder nach vier Jahren Grundschule auf das Gymnasium zu schicken, abgeschafft.

„Eltern werden entmündigt!“, protestiert das Demo-Bündnis. „Unser Elternwahlrecht wird abgeschafft.“ Eltern dürfen nicht mehr entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind besucht. Und statt der bisherigen 50 Prozent dürften „nur 30 Prozent aufs Gymnasium“.

Letzteres ist eine unbelegte Behauptung. Die grüne Schulsenatorin Christa Goetsch beteuert in einem Brief an alle Schulen, dass keine solche 30-Prozent-Grenze geplant sei. Richtig ist aber, dass alle Kinder zwei Jahre länger gemeinsam lernen, be-



Bald längere Zeit gemeinsam auf einer Primarschule: Kinder in Hamburg Foto: Gregor Schlaeger/Visum

vor es in Klasse 7 eine Aufteilung auf Stadtteilschule und Gymnasium gibt. Ob ein Kind gymnasialberechtigt ist, entscheidet die Zeugniskonferenz. Allerdings können Kinder auch auf der Stadtteilschule Abitur machen – dort allerdings erst nach 13 Jahren, auf dem Gymnasium hingegen schon nach 12 Jahren.

Die Argumente für und wider diese Regelung werden in Hamburg seit einem Jahr gewälzt. Die

oppositionelle SPD zum Beispiel streitet dafür, den Eltern diesen Spielraum zu lassen. Die Spitze der SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt sogar die heutige Demo, obwohl die Partei eigentlich die „Schule für alle“ will.

In Fachkreisen wird das Elternwahlrecht kritisch gesehen. Ein Recht auf Gymnasium in Klasse 7 gab es auch bisher in Hamburg nicht. Nach Ende der fünften und sechsten Klasse flie-

gen Kinder, die schlechte Noten haben, vom Gymnasium. Hamburgs frühere Schulsenatorin Rosie Raab (SPD) nennt diese Selektionsphase ein „zutiefst un-pädagogisches System“. Künftig soll so eine Unsicherheitsphase entfallen. Auch die Gymnasien übernehmen Verantwortung, indem sie die Kinder von Klasse 7 bis 10 behalten. Doch ganz davor ein Elternrecht, so fürchtet Raab, würde die Schulwahl

„noch stärker von der sozialen Herkunft gelenkt“.

Die aktiven Eltern in den Elternverbänden müssten diese Frage nicht kümmern. Dort sind die häuslichen Voraussetzungen so gut, dass fast alle Kinder eine Gymnasialempfehlung bekommen. Doch es regt sie anderes auf. Schulprofile, wie etwa Latein oder ein Chorab-Klasse, können dort künftig erst zwei Jahre später beginnen. „Was nützt ein Schulchor, wenn die Kinder im Stimmbruch sind?“, fragt ein Vater. Die Schulsenatorin will dies lösen, indem sie Profile wie Chor oder Latein schon in der Primarschule anbietet. Wie das alles zusammenpasst und welche Schule mit wem kooperiert, wird noch bis zum 15. Mai in 22 regionalen Schulkonferenzen beraten.

Zu viel Chaos, viele „Experimente auf dem Rücken der Kinder“, halten die Kritiker dagegen, die als Logo eine missmutig dreinblickende Anti-AKW-Sonne, schwarz vor grünem Grund, mit der Aufschrift „Schulchaos – nein danke!“ wählten. „Wir müssen die Grünen mit ihrer eigenen Sprache schlagen“, sagte eine Frau aus der Demo-AG auf dem Vorbereitungstreffen. Man gehöre einer Generation an, „die nie auf die Straße gegangen ist“. Darum gibt es nun Basteltipps für Transparente im Internet.



Gesine Schwan will Manager nicht pauschal verdammen

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLKAMPF Anders als der Amtsinhaber warnt die Kandidatin vor moralischen Urteilen. Die Ursachen für die Krise sieht sie im „System“

BERLIN *taz* | Auf die „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten hatte die Herausforderin eigentlich schon geantwortet, mit einem Grundsatzreferat über die Globalisierung vor zwei Wochen an der Hamburger Bucerius Law School. Weil der Vortrag aber zwischen Nato-Gipfel und Barack Obamas Abrüstungsrede ziemlich unterging, nahm Gesine Schwan am Freitag einen zweiten Anlauf und trug ihre Ideen noch einmal vor Journalisten in Berlin vor.

Im Vergleich zu dem Verbalradikalismus, mit dem Horst Köhler neuerdings die Manager schilt oder das Wachstumsdenken geißelt, gab sich die SPD-Kandidatin zahn. „Meines Erachtens können wir nicht auf Wachstum verzichten“, sagte Schwan etwa – vorausgesetzt, es finde in den richtigen Bereichen statt. Auch moralische Urteile über die Manager lehnte Schwan ab. „Das sind nicht alles böse Menschen“, erklärte sie. „Das System hat sehr dazu beigetragen, dass sie sich so verhalten haben.“ Diese Erkenntnis erwarte sie von ihren Studenten, „in jeder Zwischenprüfung“.

Schwan betonte, an Marktwirtschaft und Privateigentum halte sie fest. Auch gegen eine direkte Staatsbeteiligung an notleidenden Unternehmen wie Opel sprach sie sich aus. Man dürfe das Konkurrenzprinzip aus dem Wirtschaftsleben aber nicht auf alle anderen Gesellschaftsbereiche übertragen.

Durch ihre Machtstellung hätten die Manager das Privileg gehabt, „nicht lernen zu müs-

sen“, zitierte sie den Soziologen Karl W. Deutsch. Das sei aber nicht allein deren eigene Schuld. Im Fall ihrer Wahl wolle sie die Wirtschaftsführer über die Bellevue einladen, kündigte Schwan an. Dabei solle es aber nicht um eine „moralische Anklage“ gehen, sondern darum, durch „Abfrage ihrer Kompetenz“ die Ursachen der Krise zu erklären.

All dies klang einigermaßen akademisch, und das schien der



„Manager sind nicht alles böse Menschen. Das System hat sehr dazu beigetragen, dass sie sich so verhalten haben“

„Ich glaube nicht, dass die Präsidentenwahl eine nennenswerte Auswirkung auf die Bundestagswahl hat“

Kandidatin wohl bewusst zu sein. „Das würde dann in eine Vorlesung ausarten“, unterbrach sie sich bei einer Antwort selbst. „Da ich sowieso als zu professoral gelte, lasse ich das lieber.“ Andererseits wies sie den Institutionen, „die in der Gesellschaft noch Autorität haben“, eine „Bringschuld“ im Krisendiskurs zu – und zählte neben den Kirchen und dem Amt der Bundespräsidentin insbesondere die Universitäten dazu. Dass ihr Parteifreund Gerhard Schröder im vorigen Bundestagswahlkampf erfolgreich gegen einen „Professor aus Heidelberg“ agierte, konnte Schwan Urteil über das gesellschaftliche Prestige von Akademikern offenkundig nicht erschüttern.

Auf Tagespolitik im engeren Sinn kam die Professorin Schwan, die gegen den Banker Köhler nun schon zum zweiten Mal einen Präsidentschaftswahlkampf der Nichtpolitiker führt, nur an einer einzigen Stelle zu sprechen. Sie teile voll und ganz die Analyse des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, erklärte sie, wonach die Kür des Bundespräsidenten keinerlei Konsequenzen für die Bundestagswahl habe. Einem positiven Schub durch ihre Wahl stehe das Risiko einer neuerlichen Rote-Socken-Kampagne gegenüber – wobei ein Bündnis mit der Linkspartei auf Bundesebene selbstverständlich ausgeschlossen sei. Mit einer neuerlichen großen Koalition oder einem Ampelbündnis sei sie hingegen „kompatibel“, sagte Schwan.

RALPH BOLLMANN